

CDU-Gemeindeverband Ense:

Kommunale Mangel- statt Selbstverwaltung?

Was viele Kommunen in diesen Wochen öffentlich machen, gilt längst auch für Ense. Die Haushaltslage ist ernst und sie wird von Monat zu Monat ernster.

Vor einem Jahr haben wir im Rat den Arbeitskreis Haushaltsstrategie eingerichtet, um fraktionsübergreifend mit der Verwaltung einen Konsolidierungsbedarf von rund zwei Millionen Euro zu schließen. Ein Jahr später müssen wir feststellen, dass dieser Rahmen längst überholt ist. Der tatsächliche Konsolidierungsdruck liegt inzwischen deutlich darüber.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, wie wenig eigener Gestaltungsspielraum uns überhaupt noch bleibt. Bei Ausgaben von rund 45 Millionen Euro für 2026 fließen mehr als die Hälfte der Aufwendungen (2025: 44 Prozent) und knapp 60 Prozent aller Erträge (2025: 46 Prozent) automatisch an andere Ebenen ab. Mit diesen Geldern werden zweifellos wichtige Aufgaben für unsere Daseinsvorsorge finanziert, vom Rettungsdienst über Krankenhäuser und das überregionale Straßenwesen bis hin zur Eingliederungshilfe für Erwachsene und Kinder mit Behinderungen. Während diese Aufwendungen jedoch kontinuierlich in hohem Maße steigen, können die moderaten Steigerungen der Erträge damit kaum mithalten.

Von rund 38,7 Millionen Euro Erträgen in 2026 bleiben nur 15,5 Millionen Euro für die gemeindlichen Aufgaben übrig, die dann jedoch fast vollständig für die Erfüllung von Pflichtaufgaben, wie Schulen und Kindergärten, Feuerwehr oder öffentliche Infrastruktur, ausgegeben werden. Gleichzeitig kosten sämtliche freiwilligen Leistungen unserer Gemeinde zusammen, darunter die Förderung des Ehrenamts, des Sports, der Jugend- und Seniorenarbeit, der Kultur, unserer Musikschule sowie des Erfolgsmodells Helmo, gerade einmal rund 260.000 Euro im Jahr. Wer angesichts dieser Relation glaubt, man könne sich aus der Krise heraussparen, indem man genau diese freiwilligen Leistungen streicht, irrt gewaltig. Man träfe damit das, was unser Gemeinwesen lebenswert macht, ohne das eigentliche Problem zu lösen.

Ein wesentlicher Kostentreiber liegt beispielsweise in immer höheren Standards der Jugendhilfe, auf deren Entstehung die Gemeinde Ense kaum Einfluss hat. Zwei beitragsfreie Kitajahre, der Rechtsanspruch auf U3-Betreuung, der Offene Ganzttag oder die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in Regel-Kitas sind gesellschaftlich wichtige und richtige Ziele, gerade in kinderarmen Jahren ist Familienförderung wichtiger denn je. Doch die auskömmliche finanzielle Ausstattung unserer Kommunen zur Umsetzung dieser Aufgaben bleibt aus.

Wir haben in der Vergangenheit bewusst darauf geachtet, Bürgerinnen, Bürger und Gewerbebetriebe nicht übermäßig mit Steuern und Abgaben zu belasten, auch gegen manchen Widerstand. Das hat die Gemeinde insgesamt auch dazu gezwungen, in allen Bereichen sparsam zu wirtschaften und keine eigenen zusätzlichen Standards aufzubauen, die wir heute mühsam wieder zurückfahren müssten. Doch diese Vorsicht wird durch steigende Umlagen und wegbrechende Erträge zunehmend aufgezehrt. Auch Ense rechnet inzwischen mit spürbar geringeren Gewerbesteuererträgen.

Die Lage ist ernst. Ense steht, wie fast allen Kommunen, das Wasser bis zum Kopf. Es braucht eine ehrliche landes- und bundesweite Diskussion über die Frage, was wir uns überhaupt noch leisten wollen oder eine grundlegende Reform der kommunalen Finanzierung. Wer sich vor Ort für starke Gewerbebetriebe und Arbeitsplätze einsetzt, muss davon auch profitieren dürfen, statt für diese Leistung mit immer höheren Umlagen belegt zu werden. Ense ist dafür ein gutes Beispiel.

Ob am Ende tatsächlich nur noch Mangelverwaltung von unserer kommunalen Selbstverwaltung übrig bleibt, entscheidet sich auch daran, wie konsequent wir jetzt gegensteuern, vor Ort und auf den übergeordneten Ebenen. Es gibt derzeit sicherlich angenehmere Ehrenämter als die Kommunalpolitik. Doch gerade solche Zeiten sind es, die uns antreiben, weiterzumachen und für Ense das Bestmögliche herauszuholen.

Herzliche Grüße
Simon Hennecke